Im März 2010

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ (0 5971) 7744
✉ jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de

Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

Klausurtreffen des Landeseniorenvorstandes

Senioren folgten Einladung von Anton Wiemers

Der Landesseniorenvorsitzende Anton Wiemers hatte den Landesseniorenvorstand (LSV) mit Partnerinnen / Partner zu einer Klausurtagung am Wochenende vom 19. - 21.02.2010 nach Aachen eingeladen. Vom BV Münster hatte unser BV-Seniorenvorsitzender, der zugleich auch Beisitzer im LSV ist, Johannes Zimmermann mit seiner Frau Elisabeth teilgenommen.

In einer arbeitsreichen Tagung wurden die Ziele der nächsten 4 Jahre festgezurrt.
Hierzu zählen:
- Vorbereitung der Bundessenioren-Konferenz 2014
- Vorbereitung der Landessenioren-Konferenz 2013
- Planung eines Landesseniorentages 2012
- ein 2-tägiger APS-Tag wird angestrebt 2011
- in jedem BV eine Veranstaltung mit Außenwirkung 2011
- für 2010 stehen die Termine für Konferenzen und Aktivitäten bereits fest

Die Klausurtagung wurde vom Kollegen Friedhelm Lavreau aus Duisburg moderiert. Zum Schluss der Klausurtagung zog Anton Wiemers eine positive Bilanz. Er freute sich, dass die Partnerinnen / Partner aktiv bei der Zielfindung mitgewirkt haben.
Für den kulturellen Teil war der Aachener Kollege Helmut Plum zuständig. Er machte eine schon professionelle Stadtführung. Die Teilnehmer waren begeistert.

Aus der Presse:

Tarifverhandlungen für Beschäftigten im öffentlichen Dienst von *Bund und Kommunen*

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei teilte in einer Presserklärung mit:
Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die dbb tarifunion sehen in der Einvernehmlichkeit der Schlichtungsempfehlung für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ein starkes Signal, dass der Weg frei gemacht ist für einen Abschluss.
Die Tarifverhandlungen für die rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen werden – wie nach der Schlichtungsordnung vorgesehen – am Wochenende in Potsdam mit den Beratungen über die Schlichtungsempfehlung wieder aufgenommen.

Die Schlichtung nach den gescheiterten Verhandlungen in der Tarifrunde 2010 mit dem Bund und der VKA fand von Sonntag, den 21. Februar bis zum Donnerstag, den 25. Februar 2010 statt. In den letzten Nachtstunden haben die beiden Schlichter Dr. Schmalstieg (amtierender Vorsitzender) und Prof. Milbradt einen gemeinsamen Schlichtungsspruch vorbereitet, der heute um 12.00 Uhr der Schlichtungskommission vorgelegt wurde. Die Kommission stimmte mit den Stimmen der Gewerkschaften und den Arbeitgebern dem Schlichtungsspruch zu. Somit werden die Verhandlungen am 27. Februar 2010 in Potsdam wieder aufgenommen.
Der Schlichtungsspruch sieht für das Jahr 2010 eine Erhöhung der Entgelte um 1,2 Prozent ab 1. Januar 2010 und für das Jahr 2011 mehrere Erhöhungen vor. Am 1.Januar 2011 werden die Entgelte um 0,6 Prozent und am 1. August 2011 um weitere 0,5 Prozent erhöht; am 1. Januar 2011 erfolgt zudem eine Einmalzahlung in Höhe von 240 €.
Das Leistungsentgelt wird in vier Schritten jährlich ab 2010 um jeweils 0,25 Prozent erhöht.
Die Entgelte für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten erhalten die genannten Prozentbeträge und einen Einmalbetrag in Höhe von 50 €.
Der umfangreiche Schlichtungsspruch enthält Regelungen zur Altersteilzeit, der Übernahme von Auszubildenden, eine Prozessvereinbarung zum Eingruppierungsrecht und Übertragungsregelungen auf die Bereiche Krankenhäuser, Nahverkehr und Versorgung.
Die Laufzeit beträgt 26 Monate. Aufgenommen wurden Verhandlungsverpflichtungen für eine Vielzahl weiterer Tarifgebiete und -gegenstände.
Die Tarifkommissionen der Gewerkschaften werden das Schlichtungsergebnis und letztlich sodann das Verhandlungsergebnis bewerten. Es ist nicht absehbar, wie lange die Verhandlungen ab Samstagmorgen andauern werden.

Neuverteilung und Neureglung der Bezirksbeamten im Kreis Steinfurt

Ergänzend zur den Aussagen des Personalratsvorsitzenden Klaus Büscher bei unserem diesjährigen Grünkohlessen in der Fischerhütte (s. Senioren-News, Ausg. Januar 2010) war in der Presse zum Thema „Neuverteilung und Neureglung der Bezirksbeamten im Kreis Steinfurt“ zu lesen:
Nach Landrat Thomas Kubendorff und Wilfried Kampmann ist die Neuverteilung nach der Zahl der Straftaten pro 1000 Einwohner erforderlich geworden, die vorwiegend in den größeren Städten deutlich über dem Durchschnitt liegen.
Die Bezirke wurden den nun den Einwohnerzahlen angepasst und auf 7500 Einwohner komme jetzt im Kreis jeweils ein Bezirksbeamter.

Die Zahl der Bezirksbeamten (55) bleibt in den Städten und Gemeinden Metelen, Horstmar, Laer, Altenberge, Nordwalde, Greven, Neuenkirchen, Hopsten, Emsdetten und Steinfurt gleich.
Einen Bezirksbeamten weniger wird es in Wettringen, Hörstel, Tecklenburg geben, je einen halben weniger
in Lienen, Ladbergen, Recke, Mettingen, Westerkappeln und Lotte.
Dafür gibt es in Rheine zwei, in Ibbenbüren zwei, in Lengerich, Ochtrup und Reckenfeld je einen Bezirksbeamten mehr, wobei der Bezirksdienstposten in Reckenfeld neu eingerichtet wird.

Quelle: Münsterländische Volkszeitung

Eine interessante Aussage des DGB zur Kopfpauschale?

Auf die Frage der Ärzte Zeitung:
Die Regierung plant einen "automatischen" Sozialausgleich, wenn eine Kopfpauschale eingeführt wird. Wie könnte so ein Ausgleich aussehen?

Dazu erklärte Annette Buntenbach (55), Vizevorsitzende des DGB und Abgeordnete der Grünen bis 2002 im Bundestag in einem Interview:
Dieser Sozialausgleich wird nie zustande kommen, weil die dafür notwendigen 22 bis 35 Milliarden Euro nicht finanzierbar sind. Wie das Finanzministerium ausgerechnet hat, benötigt man dafür massive

Steuererhöhungen. Das hieße, dass alle, die Zuschüsse bräuchten, sie mit ihren eigenen Steuern mitfinanzieren. Es kann doch niemand ernsthaft wollen, dass Menschen mit geringem Einkommen und Rentner zu bedürftigen Bittstellern gemacht werden. Die Kopfpauschale würde zu einer Art Hartz-IV in der Krankenversicherung führen. Außerdem würden etliche Milliarden für die Versorgung fehlen, weil Gutverdiener und Arbeitgeber entlastet werden sollen.

(Quelle DGB)

Nur wer kämpft hat den Sieg vor Augen

Euer
GdP-Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-